



DER GEMEINDEKURIER

Mitteilungsblatt der Gemeinde

GERASDORF bei Wien

SONDERAUSGABE

Entgegnung der Gemeinde zu einer unrichtigen Veröffentlichung der ÖVP

Liebe Gemeindebürger!

Einige in der ÖVP-Zeitung „Gerasdorfer Information“ vom März 1982 gemachten Beschuldigungen veranlassen mich zur Herausgabe einer öffentlichen Richtigstellung dieser Unwahrheiten.

Thema Nr. 1: Der neue Flächenwidmungsplan!

Unwahrheit Nr. 1:

Einige ÖVP-Gemeinderäte behaupten, daß sie nur bei den Anfangsbesprechungen hätten mitwirken können. Tatsache aber ist, daß sie zu jeder Besprechung eingeladen worden sind!

Zum Beispiel:

- 29. 11. 1978: GGR. Cesar,
- 3. 4. 1979: GR. Ing. Friedlmayer,
- 27. 6. 1979: GGR. Cesar und GR. Ing. Friedlmayer,
- 30. 8. 1979: GR. Ing. Friedlmayer,
- 6. 9. 1979: GGR. Cesar,
- 10. 2. 1981: GGR. Cesar und GGR. Dipl.-Ing. Goldschmid,
- 10. 4. 1981: GGR. Cesar und GGR. Dipl.-Ing. Goldschmid,

17. 7. 1981: GGR. Cesar und GGR. Dipl.-Ing. Goldschmid,

29. 10. 1981: GGR. Cesar und GGR. Dipl.-Ing. Goldschmid,

27. 1. 1982 in der Endphase der Besprechungen:

Bürgermeister und seine beiden Vertreter Vzbgm. Rychetsky und Finanzreferent GGR. Kaller sowie die beiden Gemeinderatsklubobmänner GR. Anderlik und GGR. Cesar.

Bei der letztgenannten abschließenden Besprechung, bei der auch die Vertreter der NÖ. Raumplanung, der NÖ. Straßenbauabteilung sowie die Planer der örtlichen Flächenwidmung anwesend waren, wurde einhellig die Meinung vertreten, daß nunmehr der neuausgearbeitete Flächenwidmungsplan beschlußreif wäre. Nur eine Angelegenheit bedurfte noch einer Regelung, nämlich die Zufahrt zum künftigen Erholungsgebiet „Rögnergrube“. Diese erfolgt derzeit noch über Pillichsdorfer Gemeindegebiet. Oberbaurat Jahn von der NÖ. Raumplanung, Ing. Fuchs von der Abt. R/I der NÖ. Landesregierung, der Bürgermeister von Pillichsdorf und ich führten mit Herrn Rögner diesbezüglich ein klärendes Gespräch. Zu dieser Besprechung wurden keine Gemeinderäte eingeladen. Das Ergebnis war, daß Herr Rögner über meinen Vorschlag auf Gerasdorfer Gebiet einen Acker erwirbt und auf diesem eine direkte Zufahrtstraße zu seinem Grundstück errichtet. Dazu gab der zuständige Beamte der NÖ. Raumplanung, Herr Oberbaurat Jahn folgendes zu Protokoll: Nach nochmaliger Durchsicht der vom Ortsplaner vorgelegten Pläne und geringfügigen Ergänzungen (Waldeintragung und neue Zufahrt zur Rögnergrube) sind die Planunterlagen vollständig und beschlußreif. Dies ist im Protokoll vom 11. 2. 1982 festgehalten!

Unwahrheit Nr. 2:

Die ÖVP schreibt, daß das örtliche Raumordnungsprogramm ohne Vorberatung in den zuständigen Gremien und mit äußerst mangelhaften und unvollständigen Unterlagen auf die Tagesordnung der Gemeinderatsitzung gesetzt wurde. Diese Anschuldigung ist eine ungehörige Frechheit gegenüber den Beamten der NÖ. Landesregierung, Herrn Oberbaurat Jahn und Herrn Dipl.-Ing. Fuchs sowie den Beamten der NÖ. Straßenbauabteilung, den örtlichen Raumplanern — aber auch gegenüber dem Bürgermeister und der Mehrheit der Gemeinderäte. Gerade die ÖVP-Gemeinderäte, vor allem GGR. Dipl.-Ing. Goldschmid, waren es ja, die mit vielen unqualifizierten Äußerungen die Beschlußfassung des Flächenwidmungsplanes immer wieder hinausgezögert haben. GGR. Dipl.-Ing. Goldschmid sprach sich immer wieder gegen die Widmung der sogenannten „Rögnergrube“ als Badeteich aus. Scheinbar wäre ihm dieses Gebiet als Jagdgebiet lieber gewesen! Ein Erholungsgebiet für die Bewohner von Kapellerfeld und Seyring, scheint Herrn GGR. Dipl.-Ing. Goldschmid sehr wenig am Herzen zu liegen. Wohl aber hatte er keinen Einwand gegen die Widmung der „Spindlergründe“ als Bauland-Sondergebiet.

Unwahrheit Nr. 3:

In der gegenständlichen Zeitung steht weiters, daß die ÖVP-Gemeinderäte in der Sitzung vom 17. 2. 1982 nicht Stellung nehmen konnten, weil die SPÖ-Mehrheit die Abstimmung einer Diskussion vorgezogen hätte. Auch dies ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß ich als Bürgermeister, nach der Antragstellung durch GGR. Scheck-Wiesent, um Wortmeldungen ersucht habe. Es meldeten sich darauf GGR. Goldschmid und GR. Friedlmayer (beide ÖVP) und GR. Ing. Grammanitsch (FPÖ) zu Worte, deren Fragen von mir beantwortet wurden.

Die darauffolgende Abstimmung wurde dann von GR. Ing. Friedlmayer (ÖVP) in unkorrekter Weise gestört und der Versuch unternommen, diese zu verhindern. Die vorhandenen Tonbandaufnahmen stellen dies eindeutig unter Beweis und zeigen die unwahren Angaben der Artikelschreiber eindeutig auf.

Die ÖVP-Fraktion hat an die NÖ. Landesregierung einen Minderheitsbericht geschrieben, welcher ebenfalls voller Unwahrheiten ist. Dies konnte bei einer Aussprache mit den zuständigen Landesbeamten geklärt werden, sodaß meiner Meinung nach der Flächenwidmungsplan bei der nächsten Sitzung des Raumordnungsbeirates, trotz der Gegenstimmen der ÖVP-Gemeinderäte, die Zustimmung erhalten wird. Diese Gegenstimmen sind jedoch vollkommen unverständlich — richten sie sich doch gegen die Errichtung von neuen Sport- und Erholungsmöglichkeiten, gegen unbedingt notwendige Neuparzellierungen in allen Ortsteilen, Verkehrsverbesserungen und den Ausbau der Schnellbahn. Dies alles nur deshalb, weil einige Herrn des Gemeinderates noch mehr reden oder zereden wollten, wobei in der ÖVP-Fraktion scheinbar die linke Hand nicht weiß, was die rechte zu machen gedenkt. Es könnte ja sonst nicht möglich sein, daß ÖVP-Gemeinderäte gegen ihre eigenen Parzellierungspläne sind, so z. B. GGR. Dipl.-Ing. Goldschmid in der Siedlung Kapellerfeld in der Feldgasse.

Weiters heißt es in der ÖVP-Zeitung:

Für den neuen Sportplatz in Kapellerfeld wurde erst ein Jahr nach der Errichtung ein Pachtvertrag mit Vorkaufsrecht über eine Fläche von 10000 m² beschlossen. Dazu ist zu sagen, daß bereits in der Gemeinderatsitzung am 14. 5. 1980 ein Grundsatzbeschuß über die Pachtung des Grundstückes zur Errichtung eines Sportplatzes einstimmig gefaßt wurde, also auch mit den Stimmen der ÖVP! Mit dem Sportplatzbau wurde dann erst viel später begonnen. Es wurde ein Vorvertrag erstellt, welcher dann an den Notar Perschinka in Klosterneuburg zur Erstellung eines Pachtvertrages geschickt wurde, welcher dann, nach einigen noch notwendigen Besprechungen, den Vertrag erstellte, der dann in der Gemeinderatsitzung am 10. 12. 1981 einstimmig beschlossen worden ist. Der Pachtvertrag lautet auf 10 Jahre — also bis 31. Dezember 1989. Die Pachtsumme beträgt monatlich knappe S 1000,— und ist indexgesichert. Von einem Kauf des Grundstückes ist derzeit noch nicht die Rede, jedoch ist das Vorkaufsrecht (S 100,—/pro m²) bis 1989 gesichert. Es stellt sich die Frage, was dann der Grund kosten wird! Die ÖVP-Gemeinderäte behaupten, daß dadurch der Gemeinde ein Schaden von S 500.000,— entstanden ist. Abgesehen davon, daß sie beide Male selber für den Vertrag gestimmt hat, möchte ich gerne wissen, wieso der Gemeinde ein Schaden entstanden ist. Die Gemeinde hat ja das Grundstück noch gar nicht gekauft, also kann dadurch auch kein Schaden entstanden sein. Es erhebt sich eine weitere Frage: Wieso hat GR. Friedlmayer, als Obmann des Kontrollausschusses, bei der Prüfung des Rechnungsabschlusses 1981 diesen angeblich entstandenen ungeheuren Schaden von S 500.000,— nicht aufgedeckt? Als Bürgermeister weise ich diese Anschuldigungen schärfstens zurück — dies auch im Namen der Mehrheit der Gemeinderäte und auch der Gemeindebeamten. Ich werde geeignete Schritte unternehmen, um die Verantwortlichen für diese Behauptung zur Rechenschaft zu ziehen.

Erwähnenswert wäre auch noch der Bericht über die Erhöhung der Aufschließungskosten, wobei festzustellen ist, daß diese Erhöhung von der NÖ. Landesregierung vorgeschrieben wurde und die Gemeinde den niedrigsten Satz beschlossen hat.

Unrichtig ist auch die Behauptung über die Vergabe der Straßenbauarbeiten für das Jahr 1982 an die Firma Porr. Da diese Firma seit Jahren Bestbieter ist und zugesagt hatte, die Arbeiten mit den Preisen von 1981 durchzuführen, wäre eine Neuausschreibung kaum zweckdienlich gewesen. Auf Wunsch der ÖVP-Gemeinderäte wurde dann aber doch eine Ausschreibung durchgeführt, welche nur die Vorgangsweise der Gemeinde bestätigte — die Firma Porr war wieder Bestbieter mit einem Preisnachlaß von 8% gegenüber anderen Firmen. Die ÖVP-Gemeinderäte haben durch diese Vorgangsweise lediglich einen früheren Straßenbaubeginn verhindert.

Abschließend möchte ich feststellen, daß gegenüber dem früheren guten Einvernehmen im Gemeinderat, das politische Klima durch das Verhalten einiger ÖVP-Mandatare, vor allem durch erst neu in den Gemeinderat gewählte, immer wieder gestört wird und dies oft sogar in sehr gehässiger Form. Scheinbar glauben einige Akademiker, daß sie mit dieser Art publikumswirksamer sind und sich besser in Erscheinung setzen könnten. Es wäre jedoch viel sinnvoller, einer besseren Zusammenarbeit anzustreben, was jedoch auf Grund der letzten Vorkommnisse sehr schwer sein wird. Dies ist jedoch sicherlich nicht im Sinne der Gemeindebürger, die von der Gemeindevertretung andere Leistungen gewohnt sind und auch in Zukunft erwarten.

Ich wünsche allen Gemeindebürgern ein frohes Osterfest.

Der Bürgermeister

Leopold Hallas

Hallas e. h.